

# Kremlplan für Zufahrt abgelehnt

## Ball unterstreicht Entschlossenheit des Westens in Berlin

Washington (dpa/ap/upi). Der stellvertretende amerikanische Außenminister Ball hat nach Beendigung seiner Europa-Reise in amerikanischen Rundfunk den letzten Vorschlag Gromykos über eine „Internationalisierung“ der Zufahrtswege nach Berlin entschieden zurückgewiesen. Es sei ein Fehler, den sowjetischen Vorschlag für eine internationale Kontrolle der Verbindungswege nach Berlin „als irgendeinen realen Vorschlag“ zu betrachten, erklärte Ball. Der sowjetische Plan sehe keine wirkliche internationale Kontrolle vor, sondern nur „eine Art von Schiedsstelle im Falle eines bereits entstandenen Konflikts“. „Ich glaube“, betonte Ball, „wir haben ohne den Schatten eines Zweifels unsere Entschlossenheit bewiesen, die Rechte und Freiheiten des Volkes von Berlin zu beschützen.“

Ball wies darauf hin, daß der Vorschlag Gromykos mit dem westlichen Plan über eine internationale Zufahrtsbehörde zur Kontrolle des Berlin-Verkehrs nichts gemeinsam habe. Er fügte hinzu, daß der sowjetische Vorschlag außerdem an die Forderungen nach Räumung West-Berlins durch die westlichen

Truppen und nach Übergabe der Zufahrtswege an die Zonenregierung gebunden sei.

### „Nützliche Sicherung“

US-Minister zur Verteidigung

Washington (upi). Der amerikanische Armeeminister Elvis J. Stahr hat in einem Interview mit upi erklärt, die Raketen-Abwehr rakete Nike-Zeus sei in der Lage, den Vereinigten Staaten eine „nützliche Sicherung“ vor einem sowjetischen Raketenangriff zu bieten. Stahr räumte jedoch ein, daß es gegen einen Angriff keinen absoluten Schutz gebe. „Unsere Atomwaffen sind besser als die sowjetischen“, sagte Stahr.

Der Armeeminister betonte weiter, der Westen sei in der Lage, Europa im Falle eines sowjetischen Angriffs mit konventionellen Waffen zu halten, ohne auf Kernwaffen zurückgreifen zu müssen.

Stahr wies darauf hin, daß man sich noch nicht im klaren darüber sei, ob Kernwaffen in einem Kriege eingesetzt werden, oder ob es erneut zu Schlachten mit konventionellen Streitkräften komme. Die Armee habe jedenfalls ihre Streitkräfte für den Kleinkrieg verdoppelt.



Ein neunjähriger Junge sprang vom Dach (siehe Kreis) dieses vierstöckigen Grenzhauses in der Bernauer Straße.

## Beschwörender Appell an Moskau

### Gemeinsame Botschaft Kennedys und Macmillans

Washington/London (dpa). US-Präsident Kennedy und Großbritannien Premierminister Macmillan haben vor Wiederaufnahme westlicher Kernwaffenversuche einen letzten Appell an Sowjet-Ministerpräsident Chruschtschow gerichtet, einen Vertrag über ein international überwacht Kernwaffenversuchs-Verbot abzuschließen. Außerdem hat Macmillan eine persönliche Botschaft an Chru-

schtschow gerichtet und an ihn appelliert, die westlichen Vorschläge in „überaus ernsthafter Weise“ zu prüfen.

Während die amerikanische Flotte für die geplanten Atomversuche im Pazifik bereits auf dem Weg zur Weihnachtsinsel ist, gaben Kennedy und Macmillan noch einmal ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die sowjetische Regierung doch noch mit einer internationalen Überwa-

chung und Überprüfung eines Kernwaffenversuchs-Verbots einverstanden ist.

„Wenn aber keine Änderung in der jetzigen sowjetischen Haltung eintritt“, heißt es in der gemeinsamen britisch-amerikanischen Erklärung, „müssen die Regierungen der USA und Großbritanniens zu dem Schluß kommen, daß ihre Bemühungen, zu einem arbeitsfähigen Abkommen über ein Verbot der Atomversuche zu gelangen, im jetzigen Zeitpunkt ohne Erfolg sind, und dann werden die Versuchsreihen, die für Ende dieses Monats vorgesehen sind, stattfinden müssen.“

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Die neue Runde

H. A. Washington. Die amerikanische Regierung hat sich die Zustimmung ihrer europäischen Verbündeten zur Fortführung der bisherigen amerikanisch-sowjetischen Berlin-Gespräche geholt. Diese Zustimmung ist nicht ausgeblieben — nicht von allen Seiten gleichmäßig warm, in einigen Fällen skeptischer als in anderen, aber im Ergebnis doch als ausreichendes Mandat für eine neue diplomatische „Runde“ von Gesprächen und Abtastungen. Diese neue Runde wird nicht mehr in Moskau zwischen Gromyko und Thompson ausgetragen, sondern in Washington zwischen Rusk und dem frisch hier eingetroffenen neuen Sowjetbotschafter Anatol Dobrynin, dem einzigen neuen Gesicht in Berlin-Gespräch.

Die Zuversicht beruht nicht etwa darauf, daß man Washington als günstigere Plattform für solche Verhandlungen ansieht als vorher Moskau, obwohl das unbestritten ist. Sie beruht auch nicht auf der Person des neuen Sowjetbotschafters; Dobrynin, ein noch relativ junger Mann, ist doch hier kein Unbekannter mehr, da er jahrelang Geschäftsträger bei der Sowjetbotschaft und nachher im UNO-Sekretariat in New York ranghöchster sowjetischer Beamter war, dem „Kabinettt“ Dag Hammarskjöld angehörig. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Menschikow, der sich anfänglich Washingtons Herzen im Sturm als „lächeln-

der Michel“ erobert hatte, ist Dobrynin ein eher trockener, nüchternere und verschlossener Mensch. Überbordende Impulse sowjetischer Verständigungsbereitschaft werden von ihm kaum ausgehen.

Vielmehr stützt man sich in Washington in der etwas zuversichtlicher gewordenen Lagebeurteilung primär auf die gegenseitige Erkenntnis der Sackgassen-Situation, in die das bisherige Tauziehen um Berlin geführt hatte. Gromyko hatte seinem Gesprächspartner Rusk dies in Genf nicht verheimlicht.

Freilich ist die Lage zu Beginn dieser neuen Verhandlungsrunde nicht ganz so einfach — bei weitem nicht. Denn Moskau hat das Gespräch über den Internationalisierungsplan an mehrere Voraussetzungen und Bedingungen geknüpft, die Washington bereits rundweg als unannehmbar bezeichnet hat: Internationalisierung als Gegenleistung zum Abzug der westlichen Garnisonen aus West-Berlin, Anerkennung der „DDR“, Einsetzung auch Moskaus zum Mitschiedsrichter, falls es auf einer internationalisierten Autobahn zu Konflikten kommen

sollte... Alles das ist keinerlei Fortschritt; alles das ist genauso unannehmbar wie am ersten Tage der Berlin-Krise; aber Washington erklärt, das neue Element bestehe darin, daß Moskau bisher den ganzen Internationalisierungsplan rundweg und „en bloc“ abgelehnt hatte, während es ihm jetzt zustimmen bereit scheint, wenn auch unter unmöglichen Nebenforderungen. Diese gelte es eben „hinwegzuverhandeln“: aber ein Gespräch sei auf dieser Basis durchaus sinnvoll oder sogar geboten.

Die amerikanische Seite sieht darin keinerlei Frontschwankung. Als Rusk aus Genf abflog, hatte er den Eindruck, daß die Berlin-Frage insoweit ihrer explosiven Dringlichkeit entkleidet war, als die Gefahr einseitiger Moskauer Schritte, etwa in Form des Sonderfriedens mit Ulbricht, in den Hintergrund getreten ist. Aber die Perspektive eines anhaltenden Status quo beruhigte das Staatsdepartement nicht, weil in ihr keinerlei Garantie für die Dauer eines solchen, an sich vielleicht erträglichen Schwebezustandes enthalten wäre.

## CDU reformiert Parteispitze

Sieben Politiker im Präsidium — Groß-Vollmachten für Dufhues

Bl. Bonn. — Die Landesvorsitzenden der CDU haben sich über die Reform der Parteispitze geeinigt. In einer gemeinsamen Sitzung mit den vier stellvertretenden Parteivorsitzenden schlugen sie nach mehrstündiger Diskussion einstimmig die Schaffung eines siebenköpfigen Parteipräsidiums vor, dem außer dem Parteivorsitzenden ein „geschäftsführender Vorsitzender“, dessen Stellvertreter und vier weitere Präsidiumsmitglieder angehören sollen. Die Parteisetzung soll aber künftig außerdem die Möglichkeit vorsehen, daß neben dem Vorsitzenden sechs Präsidiumsmitglieder bestellt werden, die aus ihren Reihen zwei „stellvertretende Vorsitzende“ wählen.

Damit wollen die Landesvorsitzenden sowohl der geplanten Berufung des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Dufhues, zum geschäftsführenden Vorsitzenden mit großen Vollmachten Rechnung tragen, als

auch der Möglichkeit, daß einmal ein jüngerer Politiker an die Spitze der Partei tritt. In diesem Fall soll nach Ansicht der Landesvorsitzenden das Präsidium ein stärkeres Gewicht erhalten. Dufhues hat sich mit dieser Lösung einverstanden erklärt.

Auch die Berufung des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, von Hassel, zum stellvertretenden geschäftsführenden Vorsitzenden und die Wahl Wirtschaftsminister Erhards in das Präsidium gelten als sicher. Das Angebot Minister Krones, aus Gründen der konfessionellen Parität sein Amt als stellvertretender Vorsitzender zur Verfügung zu stellen, hat sich nach diesem Beschluß erledigt. Protestanten und Katholiken werden im Präsidium in einem Verhältnis von drei zu vier vertreten sein, während jetzt zwei Protestanten drei Katholiken gegenüberstehen.

## Beschwörender Appell an Moskau

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Westen weist darauf hin, daß auch Moskau zunächst den Grundsatz einer objektiven internationalen Überwachung akzeptiert hat, jetzt aber glaubt, daß bestehende nationale Ordnungssysteme ausreichende, um Schutz vor heimlichen Atomversuchen zu geben. Diese Ansicht weisen Kennedy und Macmillan entschieden mit der Feststellung zurück, daß in vielen Fällen nicht einwandfrei zwischen natürlichen und künstlichen seismischen Vorgängen unterschieden werden kann.

## Lastwagen durchbrach die Mauer



Boyenstraße: Hier rasten die beiden jungen Ostberliner mit ihrem Lkw durch die Mauer in die Freiheit.

Berlin (Eigenbericht). Unter den Schüssen von Volkspolizisten durchbrach ein Lastwagen einer Baufirma die Grenzmauer in der Boyenstraße. Der mit Zement beladene Wagen blieb in der Mauer stecken; trotzdem konnten sich die beiden Arbeiter auf Westberliner Gebiet in Sicherheit bringen. Die Volkspolizei gab insgesamt vier Schüsse auf die Flüchtenden ab. Je einer davon schlug in die Wand des Hauses Boyenstraße 3 und in den Lagerraum einer Elektrofirma in der Chausseestraße 82 ein und blieb

dicht neben einem Angestellten der Firma stecken.

Wenige Minuten nach der gelungenen Flucht erschienen in Ost-Berlin Schützenpanzer, elf Grenzsoldaten und mehrere Offiziere, unter deren Schutz der Lastwagen wieder in den Ostsektor zurückgeholt wurde. In West-Berlin waren an der Durchbruchsstelle, zur Vermeidung von Zwischenfällen, sofort nach der gelungenen Flucht französische und britische Soldaten mit Panzerfahrzeugen sowie Polizeiposten aufgefahren.

## Synode für März 1963 einberufen

EKD-Tagung ohne Ostmitglieder — Gerüchte um Mitzenheim

Berlin (Eigenmeldung). Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland ist für den 10. bis zum 15. März 1963 einberufen worden. Dies geht aus einem Kommuniqué hervor, das nach Abschluß einer zweitägigen Sitzung des Rates der EKD in West-Berlin veröffentlicht wurde. An der Tagung unter Vorsitz von Präses Scharf konnten die Ratsmitglieder aus dem sowjetisch besetzten Teil wiederum nicht teilnehmen.

Kirchliche Kreise in West-Berlin erklärten gestern zu ent-

sprechenden Meldungen, ihnen sei von einer Ablösung des Greifswalder Bischofs Krummacher durch den thüringischen Landesbischof Mitzenheim im Vorsitz der kirchlichen Ostkonferenz nichts bekannt. Die zum 1. Juli fällige Neuwahl des Vorsitzenden werde „allein von den Vertretern der Gliedkirchen in der Ostkirchenkonferenz entschieden“. Nach der Geschäftsordnung sei eine Wiederwahl des Vorsitzenden „durchaus möglich“.

## Informationen über Militärsatelliten gesperrt

Washington (upi). Die amerikanische Regierung hat in einem Erlaß alle Informationen über die im Weltraum kreisenden Aufklärungs- und Warnsatelliten sowie alle sonstigen militärischen Satelliten untersagt. Ein Sprecher erklärte, die Verfügung sei aus Sicherheitsgründen ergangen. Verboten wurde auch die weitere Verwendung der Namen „Discoverer“, „Midas“ und „Samos“ und ähnlicher.

## Djilas wieder im Gefängnis

Ehemaliger Kampfgefährte Titos überraschend verhaftet

Belgrad (ap/upi). Der ehemalige stellvertretende jugoslawische Ministerpräsident und Autor des aufsehenerregenden Buches „Die neue Klasse“, Milovan Djilas, ist überraschend in seiner Wohnung verhaftet und in ein Gefängnis eingeliefert worden. Seine Verhaftung steht vermutlich im Zusammenhang mit seinem soeben beendeten Buch „Gespräche mit Stalin“, das bei den jugoslawischen Machthabern Anstoß erregt haben soll.

Djilas, einst Kampfgefährte, später aber scharfer Kritiker Titos, war 1955 zu einer 18monatigen Gefängnisstrafe bei dreijähriger Bewährungsfrist verurteilt worden, weil er sich in einer amerikanischen Zeitschrift für die Zulassung einer sozialistischen Oppositionspartei in Jugoslawien eingesetzt hatte. Ende 1956 trug ihm die Außenregierung, daß die Einheit des Weltkommunismus durch den Aufstand in Ungarn unheilbar verletzt worden sei, drei Jahre Zuchthaus ein. Die Veröffentlichung seines Buches „Die neue Klasse“ in einem amerikanischen Verlag verlängerte die Strafe auf neun Jahre. Im Januar 1961 wurde Djilas vorzeitig auf freien Fuß gesetzt mit der Maßgabe, keine Bücher und Artikel mehr in ausländischen Verlagen erscheinen zu lassen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Bichthofen-Str. 2

## Geflüchtete Volksarmeeoffiziere:

### Zone abgeriegelt wie Hitlers KZ

„Wir kommen uns bei der Grenzbewachung wie Henker vor“

Die „Grenzsperrn“ in der Sowjetzone sind seit dem 13. August 1961 so verdichtet worden, daß das gesamte Gebiet der Zone heute abgeriegelt ist wie die Konzentrationslager im „Dritten Reich“. Dies geht aus den Aussagen zweier Unterleutnants der „Nationalen Volksarmee“ der Sowjetzone hervor, die am 24. Februar in die Bundesrepublik geflüchtet waren. Beide gehörten zu dem „Kommando Grenze“, der früheren „Grenzpolizei“, deren Aufgabe die Bewachung der Zonengrenze ist.

Die Unterleutnants Joachim Fischer und Günther Klein gaben an, sie seien in die Bundesrepublik geflohen, weil es ihnen unerträglich geworden sei, als Soldaten einer ausgesprochenen Haßpolitik zu dienen. „Wir kamen uns bei der Grenzbewachung und dem Befehl zum Waffengebrauch gegen eigene Landsleute vor wie die Henker“, sagte Fischer in den Vernehmungen durch Behörden der Bundesrepublik.

Als weitere Motive ihrer Flucht nannten die beiden Offiziere zunehmende Zweifel an der Richtigkeit der kommunistischen Lehre, der sie sich zunächst verschrieben hatten, unüberbrückbare Widersprüche zwischen den Versprechungen der SED und der tatsächlichen Lage in der Sowjetzone und die Atmosphäre ständigen Mißtrauens und ständiger Bespitzelung.

Fischer und Klein flohen während der Ausübung ihres Dienstes an der Zonengrenze. Ihre Einheiten hatten den Befehl, 120 Waldarbeiter zu bewachen, die den jetzt auf 130 Meter vertieften Grenzstreifen abholzten. Sie benutzten eine Lücke, die gefälltete Bäume in den Stacheldrahtverlauf gerissen hatten.

Die Zonengrenze ist nach Angaben der beiden Offiziere jetzt siebenfach gesichert:

- Unmittelbar an der Grenze oder höchstens einen Meter dahinter wurde ein „Warnzaun“ aus Betonpfählen und Stacheldraht errichtet.

- Dahinter beginnt der umgepflügte Zehnmeterstreifen.

Offiziers-Patrouillen kontrollieren zweimal wöchentlich diese umgepflügte Zone, die von Flüchtlingen „Todesstreifen“ genannt wurde, weil sie den Grenzwachern freies Schußfeld bietet.

- Daran schließt sich eine 25 Meter breite Minenzone, auf beiden Seiten von Stacheldrahtzäunen eingefaßt. Verwendet werden sowjetische Minen vom Typ Poms-2, die eine Splitterwirkung bis zu 35 Metern haben. Für die Offiziersstreifen des „NVA-Kommando Grenze“ sind geheime minenfreie Gassen durch diesen Gürtel freigelassen.

- Hinter der Minensperre liegt ein sechs Meter breiter „Kontrollstreifen“, auf dem die normalen Patrouillengänge der Grenzpolizei ausgeführt werden.

- Der nächste Sicherungsgürtel ist der 130-Meter-Streifen, in dem alle Häuser und Bäume entfernt werden. SED - Chef Ulbricht hat diesen Streifen als „demokratischen Schutzwall“ bezeichnet.

- Anschließend folgt ein 500-Meter - Streifen, in dem nur Kartoffeln, Rüben und ähnliche niedrigwachsende Früchte angebaut werden dürfen. Zur Feldbestellung bedürfen die Bauern einer Erlaubnis des Kompaniechefs der Grenzwa- che.

- Schließlich kommt die fünf Kilometer breite Sperrzone, die von der Bevölkerung nur mit besonderem Ausweis betreten werden darf. Auch die Grenz- wachen selbst, Offiziere eingeschlossen, dürfen in der Sperrzone nur in Gruppen tätig sein, niemals ein Mann allein. Diese Verschärfung wurde angeordnet, nachdem der Major Behr im vergangenen Herbst geflohen war. Die Zugänge zur Sperrzone werden nicht von den Grenz- wachen selbst, sondern von der Volkspolizei bewacht.

## Disqualifiziert

K. H. L. Von Sportlern, die ständig mit den Regularien der Fairneß umgehen, sollte man mehr politischen Instinkt erwarten müssen, als ihn die

westdeutschen Leichtathleten bewiesen haben. Mit ihrem Züricher Beschluß, den sie gemeinsam mit Funktionären des Zonen - Sports aushandelten, haben sie sich politisch disqualifiziert. Sie wollen also bei den Europameisterschaften der Leichtathleten im September in Belgrad eine gesamtdeutsche Mannschaft starten lassen!

Wie freuen sich Ulbrichts sportbeflissene Parteifanatiker ob dieses, ihres Erfolges! Hat nicht der deutsche Sport erst am 16. August in Düsseldorf mit großen und starken Worten verkündet, nach dem Bau der Mauer in Berlin „haben Verhandlungen über gesamtdeutsche Sportfragen keinen Sinn mehr; sie werden ab sofort eingestellt“? Stehen solche, aus bitterer Einsicht in die politische Wirklichkeit geborenen Postulate des deutschen Sports etwa nur auf dem Papier, das von jedem leichten Windhauch aus östlicher Richtung weggefegt werden kann? Wo bleibt da die Fairneß gegenüber den Beschlüssen aus eigenen Reihen und die Einsicht, daß der Begriff „Sport“ von Pankow längst seines friedlichen und ursprünglich leibeszweizerischen Wertes beraubt worden ist, um durch ein massives, ja bedrohliches Politikum ersetzt zu werden? Sport ist für die Zone sogar Politik allerersten Ranges, Politik von der Prozeniumsloge: von dort aus kann sie mit diabolischem Vergnügen und ohne selbst etwas dazu tun zu müssen, beobachten, wie Sportler aus Westdeutschland vor der Weltöffentlichkeit die Behauptungen der Bundesregierung Lügen strafte. Bonn und alle Deutschen sagen, die Mauer trenne uns; der Sport aber sagt: Für uns existiert sie nicht mehr.

Damit ist ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen. Die Mauer wird zur Gewohnheit. Zur lieben Touristenattraktion. Ihre faustharte Realität wird von Naivlingen — wie viele gibt es nur davon! — nicht nur übersehen, sie wird — und das ist noch weit schlimmer — verniedlicht. Und das alles, nachdem kaum acht Monate ihrer teufelischen Existenz vergangen sind. Uns bleibt nur die Hoffnung, daß das Beispiel der Leichtathleten nicht bei anderen Sportverbänden Schule macht.